

Offener Brief vom 02.12.2012 - an Herrn Rolf Banik - und dem SPD Ortsverein Gersfeld und anderen Freunden der Windenergie zur Kenntnis

Sehr geehrter Herr Banik,
sehr geehrter Herr Gutermuth,

die Ihnen bisher zuteil gewordene Wertschätzung kann ich derzeit nur mühsam aufrecht erhalten.

Die Ursache ist in Ihrem Umgang mit dem Thema Windenergie begründet. Selbstverständlich akzeptiere ich Windkraftgegner, es muss ja niemand ein schlechter Mensch sein, nur weil er Kohlekraftwerke lieber mag als Windräder. Aber Windkraftgegner sind Sie angeblich gar nicht, wie Sie behaupten.

Die Hintergründe, die zu meiner Kritik führen, will ich Ihnen gerne erklären.

Am Montag, 15. Oktober 2012, 19:00 Uhr, hatte ich alle Fraktionsvorsitzenden des Gersfelder Stadtparlamentes und den Bürgermeister der Stadt Gersfeld zu einem Informationsgespräch eingeladen. In diesem Gespräch ging es ausschließlich um das Thema Windenergie in Gersfeld. Allen Anwesenden war der Zugang zu unserem Bauantrag (zwei Leitzordner) möglich. In dem mehrstündigen Gespräch habe ich alle gestellten Fragen ausführlich beantwortet. Das Gespräch verlief in ruhiger und angenehmer Atmosphäre. Sie selbst, sehr geehrter Herr Banik, hatten als Begleitung Herrn Gutermuth, den neuen Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Gersfeld, mitgebracht, damit dieser sich über das Vorhaben informieren könne.

Bei allen Anwesenden bestand Einvernehmen, dass das Stadtparlament eine Bürgerversammlung nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) einberufen solle, und die Erste Stadtverordnete, Frau Rahm (SPD), diese Bürgerversammlung vorbereiten möge. Die erforderlichen Beschlüsse seien zu treffen. Soweit so gut.

Wenn ich nun in der Zeitung und auf der Homepage der SPD-Gersfeld eine Presseinformation vom 26. November 2012 lese, in der Sie eine „mangelnde Informationspolitik“ unseres Unternehmens und des Bürgermeisters der Stadt Gersfeld kritisieren, so kann ich mich nur wundern. Mir persönlich und in meiner Eigenschaft als Unternehmer ist es unmöglich, jeden Gersfelder Bürger zu mir nach Hause einzuladen. Deshalb habe ich am 15. Oktober 2012 alle Fraktionsvorsitzenden (auch Sie) zu einem Informationsabend eingeladen und über unser Vorhaben berichtet.

Ich konnte annehmen, dass die Fraktionsvorsitzenden ihre Fraktionen über den Inhalt und Ablauf des Gesprächs informieren werden. Ich konnte weiterhin davon ausgehen, dass die Fraktionsmitglieder ihren Parteimitgliedern Bericht erstatten und dass Frau Rahm (SPD) eine Bürgerversammlung einberufen würde.

Auch hätten die Fraktionen oder Fraktionsvorsitzenden eine Pressemitteilung über den Inhalt des Informationsabends herausgeben können. Wenn ich allerdings Ihre Presseinformationen vom 26. November 2012 mit den darin inkludierten Anwürfen betrachte, keimt in mir der Verdacht, Sie könnten es mit der Wahrheit mitunter nicht so genau nehmen. Sie halten Ihnen vorliegende Informationen zurück und verdrehen Tatsachen. Möchten Sie Ihre Parteienmitglieder und die Öffentlichkeit täuschen und manipulieren?

In Ihrer Presseinformationen vom 20. September 2012 sprechen Sie wahrheitswidrig von einem Abstand unseres beantragten Windrades „von nicht einmal 400 m“. In Ihrer Presseinformation vom 26. November 2012 sprechen Sie von „gerade mal 460 m“. Ja wie denn nun?

Darf ich hoffen, dass sie nach vier bis fünf weiteren falschen Presseinformationen den richtigen Abstand der Öffentlichkeit mitteilen werden?

Immerhin sollten Sie den richtigen Abstand wissen, da Sie am 15. Oktober 2012 Einsicht in unseren Bauantrag genommen haben.

Seit wenigen Tagen kursiert in Gersfeld ein SPD-Flugblatt mit der Überschrift: „Wir möchten keine Windkraftanlage am Galgenberg!“ Auf dem Flugblatt wurde eine Fotomontage abgebildet, ohne diese als Fotomontage zu kennzeichnen. Diese Fotomontage trägt den Hinweis: „die Abbildung ist der geplanten Anlage ähnlich“.

Aber dieser Hinweis ist doch falsch. Die Anlage auf Ihrer Abbildung hat mit der von uns geplanten Anlage wenig zu tun.

Können Sie sich bitte mal Ihre lustige Fotomontage ansehen und nachrechnen, dass die in Ihrer Darstellung abgebildete Anlage mehrere 100 m hoch sein müsste? Der Standort ist natürlich auch ganz woanders, aber egal.

Angeblich wollen Sie aufklären. Tatsächlich wirken Sie verängstigt und verunsichernd. Mit der nachhaltigen Informationspolitik eines fürsorglichen Kommunalpolitikers hat das nicht viel zu tun.

Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass sich viele Menschen in Gesprächen oder im Internet auf Ihre Aussagen berufen und diese auch wirklich glauben?

In unserem letzten Gespräch habe ich Ihnen mitgeteilt, dass wir unsere Bauanträge nach geltendem Bundesrecht stellen. Diese Bundesgesetze sind gut und richtig! Sie wurden u.a. von unserem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und dem ehemaligen Umwelt-Minister Jürgen Trittin (Bündnis 90 die Grünen) erarbeitet. Gelten die Bundesgesetze denn für Sie nicht?

Um auf kommunaler Ebene einen tragfähigen Konsens zu entwickeln, hat unsere Gesellschaft zusätzlich die Bauanträge nach Bundesrecht erst gestellt, nachdem auch Sie persönlich, am 26.04.2012, dem folgenden einstimmigen Beschluss zugestimmt hatten:

„Die Stadtverordnetenversammlung hält die Nutzung der Windkraft im Gebiet der Stadt Gersfeld (Rhön) für eine sinnvolle Art der Energiegewinnung“.

Nach wie vor stehe ich Ihnen persönlich für einen sachlichen Austausch von Argumenten zur Verfügung. Wenn wir Bürger dieses Landes den Energiewandel wollen und uns dabei auch für Windkraft entscheiden, dann müssen wir die Windräder auch mal bauen dürfen. Die nächstgelegenen Anwohner werden häufig nicht erfreut sein, und dafür hat sicher jeder seine individuellen guten Gründe. In Deutschland, dem mit am dichtest besiedelten Land der Erde, wird es aber an fast allen geeigneten Standorten Anwohner geben.

Freundliche Grüße

Holger Schwarz, Gersfeld